

Anmerkungen zum grenzüberschreitenden Kleinhandel beim Zerfall von Industrieländern

von Henrik Egbert

Einleitung

¹Ein Blick auf europäische Landkarten des letzten Jahrhunderts verdeutlicht das Thema dieses Beitrags: Staaten² gehen unter, mit ihnen verschwinden ihre Außengrenzen und neue Grenzen entstehen. Dies trifft historisch nicht nur für kleine Staaten oder Entwicklungsländer zu, sondern auch für tatsächliche und vermeintliche ‚Weltreiche‘ und ‚Supermächte‘ und damit auch für Industrieländer. Die Landkarten sagen aber nichts über die Menschen aus, die sich mit den Folgen neuer oder nicht mehr existierender Grenzen ‚ihrer‘ Staaten arrangieren müssen.

In Europa einschließlich des asiatischen Teils der ehemaligen Sowjetunion veränderten sich in den Jahren 1990 bis 1994 für mehrere hundert Millionen Menschen die Grenzen ‚ihrer‘ Staaten. Staatliche Außengrenzen – und deren Durchlässigkeit für Personen und Güter – bestimmen die wirtschaftliche Situation der Menschen, die beidseitig solcher Grenzen leben. Kommt es zu einer Verschiebung internationaler Grenzen, und nicht nur zu einer Veränderung ihrer Durchlässigkeit, so ändern sich für Menschen nicht nur ihre bisherigen gesellschaftlichen, sondern im Besonderen auch ihre individuellen ökonomischen Grundlagen. Diese Zusammenhänge bilden den Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen.

Erich Klinkmüller³ griff in einem Nachruf auf den Ökonomen Karl C. Thalheim⁴ den unpopulären Gedanken⁵ auf, dass auch Staaten – wie alle Organisationen – untergehen, d.h. ‚sterben‘. Unpopulär ist dieser Gedanke u.a. deshalb, weil ein „Staatskonkurs“ (Klinkmüller 1995) häufig auch die wirtschaftliche Ressourcenverteilung innerhalb einer Gesellschaft grundlegend verschiebt und über solche gravierenden Änderungen der gesellschaftlichen Ordnung nur ungern nachgedacht wird.⁶

Im Folgenden zeige ich anhand zweier Beispiele eine individuelle Handlungsstrategie, die bei der Teilung europäischer Industrieländer zu beobachten war. Als ein wiederkehrendes Element menschlichen Handelns zur Überwindung von ökonomischer Knappheit in Krisensituationen, war bei den gewählten Beispielen ein massiver grenzüberschreitender Kleinhandel zu beobachten – eine aus den so genannten Entwicklungsländern wohlbekannte Handlungsstrategie.

Obleich grenzüberschreitende Handelsaktivitäten unter anderen Begriffen für Entwicklungsländer diskutiert werden, möchte ich in diesem Beitrag darlegen, dass dieses Handlungsmuster auch in *Industrieländern* auftritt, wenn diese territorial zerfallen. Als konkrete Beispiele beziehe ich mich auf die beiden letzten Staatskonkurse von ‚Großmächten‘ in Europa: den Zerfall der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) und die Teilung des Deutschen Reiches. Ich gehe hierbei

¹Wichtige Anregungen zu diesem Text entnahm ich den Vorlesungen (Freie Universität Berlin 1993-1995) und Veröffentlichungen von Prof. Dr. Erich Klinkmüller. Für Hinweise zum Manuskript bin ich Sabine Pieschel sowie Dipl.-Kfm. Volker Kuhlmann dankbar. Der Text wurde auszugsweise in einem Vortrag beim Verein FIBEL e.V. am 24.04.2002 an der Universität Trier vorgestellt. Durch die verzögerte Publikation konnte die aktuelle Entwicklung im Irak nicht mehr berücksichtigt werden.

²Als Staat wird eine rechtlich organisierte und mit einer unabhängigen Regelungsmacht ausgestattete Gemeinschaft verstanden. Im Folgenden wird vom einem Territorialstaat ausgegangen, dessen Staatsgebiet durch eine internationale Grenze umgeben ist.

³Erich Klinkmüller, von 1970 bis 1996 ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin und Leiter der Abteilung Wirtschaft am Osteuropa-Institut.

⁴Karl C. Thalheim (1900-1993).

⁵Diesen wissenschaftlich attraktiven und im Allgemeinen zugleich unbequemen Gedanken, dass es im Leben eines Menschen nicht unwahrscheinlich ist, von einem „Staatskonkurs“ direkt materiell und immateriell betroffen zu werden, übernehme ich von *Klinkmüller* (1995).

⁶Bei einer solchen Neuverteilung der Ressourcen wird oftmals über mehrere Generationen angespartes Kapital vernichtet.

davon aus, dass die Teilung von Staaten – also der Tod einer sehr komplexen Organisation – unabhängig von den jeweils spezifischen Ursachen als eine Art historische Konstante betrachtet werden muss. Damit, so die Folgerung, dürften auch in Zukunft bei der Teilung von Industrieländern durch das Entstehen neuer Außengrenzen vergleichbare Auswirkungen wie in der Vergangenheit und Gegenwart auftreten.

Territoriale Grenzveränderungen als historische Konstante

Allein auf dem eurasischen Doppelkontinent gingen im 20. Jahrhundert mehrere ‚Weltmächte‘ bzw. ‚Groß-‘ und ‚Supermächte‘ unter.⁷ Hierzu zählen das Russische Zarenreich (1917), das Deutsche Kaiserreich (1918), die Donaumonarchie (1918), das Osmanische Reich (1922), das Deutsche Reich (1945)⁸, die UdSSR (1991); darüber hinaus war über längere Zeiträume die Auflösung des belgischen, britischen, französischen, italienischen und portugiesischen Kolonialreichs zu beobachten. Seit 1991 erleben wir zudem die schrittweise Dekolonisation der Russischen Föderation. Die Auflösung und Teilung all dieser weltpolitisch bedeutsamen Industrieländer ließ kleinere Nachfolgestaaten entstehen, deren internationale Grenzen sich anschließend ebenfalls änderten.

Der Mensch ist sich in der Regel nicht darüber bewusst, dass die Außengrenzen des Staates, in dem er lebt (‚seines‘ Staates), veränderbar sind. Dieses Faktum wird zugunsten der Vorstellung eines stabilen Status quo verdrängt. Wie unreal diese Annahme ist, zeigten die Jahre 1989 bis 1994; in dieser kurzen Zeitspanne veränderte sich der Status quo der politischen Grenzen augenfällig. Allein in Europa, einschließlich der asiatischen Teile der UdSSR, entstanden neue Außengrenzen für mehrere hundert Millionen Menschen. Einerseits betraf der Zerfall der Sowjetunion in 15 Einzelstaaten ca. 288 Millionen; die Teilung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik (CSFR) erlebten (1993) knapp 16 Millionen, und den durch Bürgerkrieg und ausländische Intervention bedingten und noch andauernden Zerfall der Sozialistischen Republik Jugoslawien (seit 1990) erlitt eine Bevölkerung von knapp 24 Millionen. Andererseits änderte sich durch die Vereinigung der zwei deutschen Staaten (1990) für seinerzeit circa 80 Millionen Einwohner die Außengrenze ihrer Länder. Für eine Zahl von insgesamt mehr als 400 Millionen Menschen traten also innerhalb dieser kurzen Zeitspanne allein in Europa gravierende Veränderungen der Außengrenzen ‚ihrer‘ Staaten auf.⁹ Der Rückblick auf das letzte Jahrhundert in Europa zeigt, dass die Wahrscheinlichkeit für eine Veränderung von staatlichen Außengrenzen höchst real ist. Es gibt trotz der Globalisierungsdiskussion und der Demokratietheorie wenig Grund anzunehmen, warum dies in Zukunft weniger wahrscheinlich sein sollte.

Wie auch in der Gegenwart zu beobachten ist, entstehen weltweit neue Staaten durch die Teilung bestehender Staaten. Im Gegensatz zu dieser augenfälligen Tendenz dominiert auf politischer und volkswirtschaftlicher Ebene der gegenläufige Prozess die Diskussion: Die zunehmende Durchlässigkeit nationaler Grenzen bzw. deren Auflösung infolge der Globalisierung. Das Entstehen neuer Außengrenzen und die damit verbundenen Fragen werden im Vergleich dazu selten thematisiert. Nehmen wir das Beispiel der Europäischen Union (EU), in der die Osterweiterung – also die Aufnahme neuer ost- und südosteuropäischer Mitgliedstaaten – seit Mitte der 1990er Jahre als eine zentrale Aufgabe betrachtet wird. Welche Folgen für die EU jedoch beispielsweise aus der Unabhängigkeit des Baskenlandes von Spanien, Schottlands von Großbritannien oder Korsikas von Frankreich entstehen könnten, wird öffentlich kaum diskutiert. Dabei dürfte das Entstehen neuer staatlicher Außengrenzen durch die politische Unabhängigkeit von Regionen innerhalb der EU als wahrscheinlicher eingeschätzt werden als beispielsweise die EU-Mitgliedschaft Albaniens, Mazedoniens oder der Türkei.

⁷Vgl. hierzu den Überblick bei *Klinkmüller* (1995: 12-19), der auch die Begriffe „Staatskonkurs“ und „Staatszerfall“ verwendet.

⁸In diese Aufzählung gehört auch die endgültige Auflösung Preußens (1947) durch den Alliierten Kontrollrat.

⁹Also für circa 7-8 % der Weltbevölkerung im Jahre 1990.

Der Zerfallsprozess eines Staates ist jeweils an spezifische Rahmenbedingungen geknüpft, und die Ursachen können denkbar unterschiedlich sein. Der Prozess kann sich als ein langfristiges, friedliches Autonomiestreben einzelner Regionen darstellen oder als eine schnelle – z.B. durch eine militärischen Intervention – gewaltsam ausgelöste territoriale Teilung des Staatsgebietes. Zu den Ursachen können u.a. externe Intervention, (Bürger-)Kriege, gewaltsame Konflikte, Revolutionen, Korrumpierung der politischen Elite und unter Umständen auch Naturkatastrophen oder von Menschen verursachte Umweltkatastrophen oder ein Zusammenkommen mehrere dieser Ursachen gehören. Die mannigfaltigen Gründe sind nicht Gegenstand meiner Darstellung. Es sind aus historischer Sicht jeweils einmalige Situationen; jedoch schließt die Einmaligkeit der historischen Rahmenbedingungen, die zur Teilung eines Staates führen, nicht aus, dass die wirtschaftlichen Folgen dieser Teilung für die Bevölkerung und das Handeln der Menschen durchaus vergleichbar sind und ähnliche Strukturen und Institutionen generieren.

Die zwei anschließend ausführlicher beschriebenen Perioden haben eine Vielzahl von aktuellen Pendanten – allerdings kleineren Ausmaßes. Einige hiervon sind: der beginnende territoriale Zerfall Südostasiens in Indonesiens, eingeleitet durch die Unabhängigkeit Ost-Timors; in Malaysia, den Philippinen und auf Sri Lanka kämpfen regionale Autonomiebewegungen in Bürgerkriegen gegen die Regierungen für Unabhängigkeit. Die ethnischen und religiösen Konflikte innerhalb Indiens weiten sich zusehends aus. Die Außengrenzen des Staates Israel veränderten sich in den letzten 50 Jahren nach jedem Krieg – und dieser Prozess würde seine Fortsetzung mit der Gründung eines palästinensischen Staates finden. Die Außengrenzen der Irakischen Republik erscheinen äußerst instabil. Hierzu trugen bei: der Iranisch-Irakische Krieg 1980-1988, die Besetzung des Emirates Kuwait 1990, die Intervention eines internationalen Militärbündnisses 1991, die Durchsetzung der Flugverbotszonen, die anschließende zeitweilige türkische Militärpräsenz im Nordirak und der seit dem 11. September 2001 erneut drohende Konflikt mit den USA, der schließlich in den Vormonaten zum Krieg und damit zum Sturz des Regimes geführt hat.

Die Unabhängigkeit Eritreas (1993) machte eine frühere äthiopische Provinzgrenze zu einer internationalen Grenze. Im Gegensatz dazu änderten sich die Grenzen der zwei jemenitischen Staaten durch deren Vereinigung (1990) zur Republik Jemen. In den Nachfolgestaaten der UdSSR sind die andauernden Teilungsprozesse von Staaten besonders deutlich erkennbar. Bekannte Beispiele sind die Konflikte in Georgien (Abchasien, Adscharien und Süd-Ossetien), in der Republik Moldova (Dnestr-Republik, Gebiet der Gagausen) und in der Russischen Föderation (z.B. Tartarstan und Tschetschenien). Auch in den geographischen Randgebieten Westeuropas gewinnen Autonomiebewegungen zunehmend an Kraft. Nicht zuletzt sind auch die Außengrenzen der heutigen Großmächte weniger statisch, als allgemein angenommen wird. Die Außengrenzen der Vereinigten Staaten von Amerika veränderten sich beispielsweise mit der Übergabe der Panamakanalzone an Panama; die Volksrepublik China übernahm vor kurzem die Regierungskontrolle in Hongkong und Macao.

Volkswirtschaftliche Folgen einer territorialen Teilung

Im Folgenden skizziere ich wirtschaftliche Folgen, die mit einer Staatsteilung einhergehen können. Hierbei wird modellhaft von territorial relativ großen Industrieländern ausgegangen, deren Wirtschaftskraft benachbarte territorial kleinere Länder maßgeblich mit beeinflusst. Wenn von Staaten mit einem relativ großen Staatsgebiet ausgegangen wird, so zeichnen sich diese durch die regional ungleichen Verteilungen von Produktionsfaktoren innerhalb des Staatsgebietes aus (bzw. des politisch und wirtschaftlich kontrollierten Wirtschaftsraums dieses Staates). Innerhalb des Staatsgebietes ergeben sich somit natürliche Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur. Durch Austausch, d.h. nationalen und internationalen Handel, und durch die Mobilität von Arbeit und Kapital kann die räumlich ungleiche Verteilung von Wirtschaftsgütern überwunden werden.

Je größer das Staatsgebiet ist bzw. je mehr Staaten in eine solche internationale Arbeitsteilung eingebunden sind, desto größer ist der mit Handel bzw. Außenhandel verbundene Gewinn. Dieses Prinzip wird von westlichen Industrieländern in Form des freien Welthandels vertreten, und es

lag auch der Idee des von der Sowjetunion dominierten Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)¹⁰ zugrunde. Kommt es zur territorialen Teilung eines Staates, so bedeutet dies, dass ein Gebiet durchtrennt wird, dessen volkswirtschaftliche Akteure zuvor in engen und engsten Austauschbeziehungen zueinander standen. Die Teilung hat nachhaltige Folgen auf die Struktur und den Umfang von Handelsaktivitäten, auf Investitionen, Produktion, Beschäftigung und Konsum. Die negativen wirtschaftlichen Folgen sind umso nachhaltiger, je stärker die Akteure zuvor aufeinander angewiesen waren und je weniger sie über internationale Kontakte verfügten. Nach der Errichtung neuer Grenzen ist eine Neuordnung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Akteuren eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Daraus resultieren für Übergangsperioden erhebliche Engpässe in der Güterversorgung der Bevölkerung. Diese Engpässe können für die Bevölkerung lebensbedrohlich sein.

Nachfolgend beschränke ich mich auf die Darstellung zweier Zeitperioden. Zunächst werden die Jahre von 1990 bis 1994 genauer betrachtet, also jene Phase, die vom territorialen Zerfall der UdSSR und anderer europäischer Staaten gekennzeichnet war. Anschließend gehe ich auf die Jahre von 1945 bis 1949 ein, also die Zeitspanne vom Sieg der Alliierten über das Deutsche Reich bis zu den deutschen Staatsgründungen. In beiden Perioden wurden ehemalige Binnengrenzen von Staaten zu Außengrenzen neu gegründeter – oder erneut gegründeter – Industrieländer.

Die ehemalige Sowjetunion und auch das Deutsche Reich waren von einer starken Orientierung ihrer Volkswirtschaften auf das eigene Staatsgebiet bzw. den politisch kontrollierten Wirtschaftsraum geprägt. Die Verflechtung beider Staaten mit der Weltwirtschaft war aufgrund ideologischer und kriegswirtschaftlicher Gründe eingeschränkt; umso gravierender mussten auch die negativen wirtschaftlichen Folgen sein, als es zur territorialen Teilung dieser Staaten kam. Beide Beispiele stellen Wendepunkte der europäischen Geschichte im zwanzigsten Jahrhundert dar. Sie verdeutlichen, dass auch Grenzänderungen im Zentrum Europas für die Zukunft eine hohe Wahrscheinlichkeit aufweisen.

Der territoriale Zerfall der UdSSR

Der vorerst letzte Staatskonkurs einer Großmacht in Europa endete mit dem Zerfall der UdSSR in 15 unabhängige Staaten. Das Ursachengeflecht für den Zusammenbruch war komplex. Der Hauptgrund bestand darin, dass sich der von der UdSSR-Führung propagierte politische Anspruch auf die Rolle einer Supermacht nicht auf die dafür notwendige Wirtschaftskraft stützen konnte. Die Sowjetunion war zwar politisch eine Supermacht, auf wirtschaftlicher Ebene im internationalen Vergleich aber lediglich als eine „Mittelmacht“ (Klinkmüller 1988) zu betrachten¹¹. Dies beruhte auf Ineffizienzen der zentralen Wirtschaftslenkung. Im direkten Vergleich mit nordamerikanischen und westeuropäischen Marktwirtschaften erwies sich das System der Zentralverwaltungswirtschaft – trotz seines immensen Beitrags zur Industrialisierung des Landes in den 1930er Jahren und den Modernisierungserfolgen in den 1950er und 1960er Jahren – als weniger effizient bei der Erfüllung von Konsumbedürfnissen. Mit diesen Defiziten der Volkswirtschaft trat die Diskrepanz zwischen der ideologischen Legitimation der Staatsführung – nämlich den Sozialismus als ein überlegenes/alternatives Gesellschaftsmodell zum marktwirtschaftlich geprägten Kapitalismus zu entwickeln – und der von den Menschen alltäglich erlebten ökonomischen Realität immer stärker zutage. Letztendlich konnte diese Anspruch nicht mehr ernsthaft aufrechterhalten werden.

¹⁰Auch Council for Mutual Economic Assistance (COMECON) oder Sovjet Ekonomičeskij Vzajmopomošči (SEV); gegründet am 25.01.1949.

¹¹Der Zerfall der „Supermacht UdSSR“ kam keineswegs so unvorhergesehen, wie er vielfach in den Medien dargestellt wurde. Eine kritische Betrachtung des militärischen *und* des ökonomischen Potentials der UdSSR verdeutlichte, dass die Bezeichnung als Supermacht weitgehend eine Chimäre war: Der ökonomische Unterbau für die politischen Ambitionen einer Supermacht fehlten. *Klinkmüller* (1988) wies darauf hin, dass es tatsächlich nur eine Supermacht gab, nämlich die Vereinigten Staaten von Amerika, deren wirtschaftliche Basis ihren politischen Ambitionen entsprach. Dagegen hatten zwei andere wirtschaftliche Supermächte, die EU und Japan, nur sehr begrenzte internationale politische Ambitionen.

Seit Mitte der 1980er Jahre wurde deutlich, dass die UdSSR ihre Rolle als politische Supermacht nicht mehr für lange spielen würde. Es folgte der militärische und politische Rückzug aus ihren östlichen Satellitenstaaten. Anschließend ging die Deutsche Demokratische Republik in der deutschen Wiedervereinigung auf, die Tschechoslowakische Republik brach ebenso auseinander wie die Sozialistische Jugoslawische Republik, die sich allerdings schon länger der unmittelbaren sowjetischen Einflussnahme entzogen hatte. Auch die UdSSR zerfiel, nachdem 1991 ein Erneuerungsversuch mit dem erfolglosen Augustputsch restaurativer Kräfte gescheitert war. Die endgültige Auflösung wurde mit der Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) im Dezember 1991 besiegelt.

Was bedeuteten diese Vorgänge für die Bevölkerung? Die vormaligen Binnengrenzen in der UdSSR, der Tschechoslowakischen Republik und der Sozialistischen Jugoslawischen Republik, die von den Menschen zuvor kaum wahrgenommen wurden, waren innerhalb kürzester Zeit zu internationalen Grenzen geworden. Zudem war der Teilungsprozess innerhalb der ehemaligen Sowjetunion mit der Unabhängigkeit der 15 Republiken nicht abgeschlossen, sondern es brachen Konflikte in und Kriege zwischen den Nachfolgestaaten aus. Durch diese Konflikte und Kriege entstanden weitere Grenzen, die sich mittelfristig zu internationalen Staatsgrenzen entwickeln könnten, die aber auch kurzfristig Barrieren für Menschen und Güter darstellten.

Welche Auswirkungen hatten diese neuen Staatsgrenzen auf die Volkswirtschaften der neuen unabhängigen Staaten und die ehemaligen Mitgliedsstaaten des RGW? Ein Kern der vormaligen Zentralverwaltungswirtschaft war die regionale Arbeitsteilung, die weit über die Außengrenzen der UdSSR hinausreichte und den gesamten von ihr dominierten Wirtschaftsraum (RGW) einbezog. Entsprechend den natürlichen Ressourcen und den über Jahrzehnte künstlich geschaffenen regionalen Industriekonzentrationen innerhalb des RGW entstand eine Wirtschaftsstruktur, deren Akteure engmaschig miteinander verzahnt waren, die aber ökonomische Effizienzkriterien politischen Entscheidungen unterordnete. Infolge der Staatsgründungen nach dem Zerfall der UdSSR wurde dieser Wirtschaftsraum nicht nur durch neue internationale Grenzen geteilt; in den Gesellschaften der jungen Staaten begannen darüber hinaus die politischen und wirtschaftlichen Teilsysteme zu differieren. Deshalb mussten sich die alten Staatsbetriebe und die neu gegründeten Privatunternehmen nicht nur auf diese grundlegend veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einstellen, sondern sie mussten auch mit weggebrochenen Auslandsmärkten und mit Konkurrenz ausländischer Unternehmen im eigenen Land zurechtkommen. Der Konkurs vieler ehemaliger Staatsbetriebe war die Folge. Nach dem Verbrauch vorhandener Lagerbestände verschlechterte sich die Versorgungslage der Bevölkerung zusehends, insbesondere weil Güter importiert werden mussten, die zuvor national gehandelt worden waren. Diese Güter unterlagen also Zollbestimmungen und anderen tarifären und nichttarifären Handelsschranken.

Für die Menschen kamen mit dem Entstehen neuer internationaler Grenzen zu ihrer verschlechterten Versorgungslage weitere Probleme hinzu: Die von den westlichen Demokratien über Jahrzehnte von den osteuropäischen Staaten eingeforderte Reisefreiheit der Bürger (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit: KSZE bzw. OSZE) wurde – als sie den Bürgern Osteuropas möglich erschien – von eben diesen westlichen Demokratien zunächst verweigert. Lediglich einigen Bevölkerungsgruppen stand die Tür gen Westen offen (z.B. wissenschaftlichen Spezialisten, den jüdischen und deutschen Minderheiten; Mitgliedern der Nomenklatura). Erschwerend kam für die meisten Menschen Ost- und Südosteuropas hinzu, dass die ehemaligen sozialistischen Bruderstaaten – nicht zuletzt durch den Druck der westlichen Staatenwelt – untereinander Visaregelungen einführten. Die erhoffte Reisefreiheit erwies sich als Chimäre der westlichen Propaganda bzw. erfüllte sich erst Jahre später. Die Reisefreiheit für die Mehrheit der Menschen Osteuropas wurde nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Gesellschaftssysteme eingeschränkt, nicht erweitert.

Der Staatsbankrott in den ost- und südosteuropäischen Staaten traf die älteren Bevölkerungsgruppen am härtesten, insbesondere die Rentner und Pensionäre. Die während eines Lebens gesammelten Anwartschaften und Sparguthaben (z.B. gezahlte Renten- und Pensionsbeiträge oder die Wartezeit auf einen Pkw) wurden durch die galoppierenden Inflationen, durch den Zusammenbruch der Sozialsysteme und die Marktöffnungen innerhalb kürzester Zeit vernichtet. Anstelle eines er-

warteten ruhigen Lebensabends kam für viele ältere Menschen die materielle Not. Nicht viel besser erging es jenen, die im Erwerbsleben standen und bei staatlichen Arbeitgebern angestellt waren. Viele der Betriebe, in denen sie arbeiteten, meldeten Konkurs an oder wurden liquidiert. Oftmals verloren diese Menschen nicht nur ihre Arbeit, sondern auch ihr individuelles Humankapital wurde über Nacht entwertet: Studienabschlüsse und Berufswahl, die im alten Gesellschaftssystem ansprechende gesellschaftliche Positionen gesichert hätten, wurden mit der Übernahme westlicher Werte wertlos.

Diesen allumfassenden wirtschaftlichen Problemen versuchten die Menschen mit verschiedenen Strategien zu begegnen. Eine der erfolgreichsten Strategien war der grenzüberschreitende Kleinhandel. Als *Touristen* machten sich Millionen von Menschen, zumeist in veralteten Reisebussen auf, um die neuen Staatsgrenzen legal und illegal zu überqueren, um im Ausland Waren zu kaufen, diese in ihre Heimat zu importieren und dort zu verkaufen. Dieser grenzüberschreitende Kleinhandel wurde als „Trader Tourism“ bezeichnet (vgl. *Konstantinov et al.* 1996, 1998, 2002; *Egbert* 1998, 2001).¹²

„Trader Tourism“ bezeichnet ein Phänomen, welches infolge einer Teilung von Staaten durch neue Grenzen oder einer Veränderung der Durchlässigkeit (für Personen und Waren) von bestehenden Grenzen auftreten kann und in einem engen Zusammenhang mit gesellschaftlichen Transformationsprozessen steht. Trader Tourists sind Menschen, die mit Touristenvisa ins Ausland reisen. Der Reisezweck ist jedoch nicht Tourismus, sondern der Einkauf von Gütern im Ausland, ihr Transport ins Herkunftsland der Händler und der anschließende Güterverkauf. Der offizielle Status dieser Händler an den Grenzen bleibt der von Touristen. Dadurch unterliegen sie erleichterten Visaregelungen, und begrenzte Gütermengen (zum persönlichen Verbrauch) können unverzollt eingeführt und anschließend verkauft werden. Für ihre Fahrten ins Ausland (dieses Ausland war unter Umständen vor kurzer Zeit für die Händler noch Inland) organisieren sie sich in Reisegruppen und fahren – in der Regel per Bus – zu den wichtigsten Märkten in benachbarte Staaten. Dort erwerben sie Güter und transportieren diese in Taschen, Plastiksäcken und Kartons.¹³ Trader Tourism war ein Massenphänomen in den ost- und südosteuropäischen Transformationsgesellschaften in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch und dauert in einigen Staaten bis heute an.

Eine Abgrenzung zwischen formellen und informellen oder legalen und illegalen Aktivität der Händler bringt nur begrenzt wissenschaftliche Erkenntnisse. Aufgrund der generell unklaren Rechtsverhältnisse nach einem Staatszerfall ist weder eindeutig, welche Aktivitäten legal oder illegal sind, noch sind diese Kategorien einheitlich: Aktivitäten, die auf der einen Seite der Grenze legal sind, können auf der anderen Seite illegal sein. Ebenso ist es schwierig, die Märkte, in denen die Händler agieren, zu charakterisieren: Es kann sich sowohl um freie Märkte, um Schwarz- oder um Parallelmärkte handeln (vgl. zur Kategorisierung von Märkten *Jones & Roemer* 1991). Aufgrund der unklaren Rechtsverhältnisse kann sich auch der Status eines Marktes relativ schnell ändern. Ein zentraler Aspekt des Trader Tourism wird in der Migrationsforschung hervorgehoben. Dies ist die begrenzte Aufenthaltsdauer der Händler im Ausland und ein Zurückkommen ins Herkunftsland. Von *Morokvasic & Tinguay* (1993) wird dieser Aspekt als „circulatory migration“ beschrieben.

Besonders in den ersten Jahren nach dem Zerfall des RGW bot die Metropole Istanbul attraktive Einkaufsmöglichkeiten für Menschen aus der GUS und dem gesamten Balkan (vgl. insbesondere *Ivanova & Mihalev* 1996; zusätzlich *Egbert* 1998 und *Konstantinov* 1994). Die Händler erstanden in Istanbul in erster Linie Jeans-, Sport und Lederbekleidung und Haushaltswaren. Gekauft wurde dabei nicht nur auf den Basaren, sondern jegliche günstige Einkaufsmöglichkeit wurde genutzt, sei

¹²Obwohl es sich um ein Massenphänomen handelte, wurde dieses in den Wirtschaftswissenschaften nur am Rande wahrgenommen oder aber anderen Diskussionen zugeordnet (z.B. der Migrationsdiskussion oder der Grenzdiskussion). Eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe um *Konstantinov, Kressel* und *Thuen* untersuchte insbesondere den Handel in Südosteuropa.

¹³Der eigenhändige Transport der Waren durch die Händler bildet ein wesentliches Merkmal des „Trader Tourism“. Die Händler reisen mit der Ware. Dies unterscheidet sie von solchen Akteuren, die über das notwendige Kapital verfügen, einen Lkw zu mieten, um *im großen Stil* Handel zu treiben.

es der Kauf auf der Straße oder der Kauf ab Fabrik. Dass es sich zum Teil um gefälschte Markenprodukte handelte, war zu Beginn der Transformationsprozesse für die Händler und ihre Kunden zweitrangig; die Produktqualität entwickelte sich aber später zu einem wichtigen Absatzkriterium.

Der Bus stellte das wichtigste Transportmittel in den Jahren unmittelbar nach den staatlichen Zusammenbrüchen dar. In der Regel fanden sich circa 40 Händler zu einer Fahrt nach Istanbul zusammen, wo sie sich für ein bis zwei Tage aufhielten, um Waren zu kaufen; anschließend wurden diese Waren per Bus nach Ost- und Südosteuropa transportiert. Der Verkauf der auf diese Weise importierten Waren erfolgte zumeist auf Marktplätzen, die teilweise neu entstanden waren, teilweise noch aus der sozialistischen Zeit stammten.¹⁴ Häufig fand eine Arbeitsteilung bei den Händlern derart statt, dass ein Teil der Familie als Verkäufer auf den Märkten tätig war, während sich andere Familienmitglieder den mühevollen Auslandsreisen unterzogen.

Busrouten nach Istanbul bildeten das Herzstück des Trader Tourism, es gab jedoch eine Reihe weiterer Routen, die über den Nahen und Mittleren Osten bis nach China führten.¹⁵ Diese Handelsaktivitäten waren auch in westeuropäischen Metropolen in Form der so genannten „Polenmärkte“ zu Beginn der 1990er Jahre in Wien und Berlin sichtbar (vgl. u.a. *Karazman-Morawetz & Pilgram* 1993). Am deutlichsten wurde diese Art der Überlebenssicherung durch Kleinhandel insbesondere an den internationalen Grenzen. In unmittelbarer Nähe von Grenzübergängen etablierten sich Marktplätze, die einer Vielzahl von Menschen (Händlern, Geldwechslern, Anbietern von Dienstleistungen für die Händler, Zöllnern, Polizisten u.a. Personen) neue Erwerbchancen in einer Krisensituation boten.¹⁶

Volkswirtschaftlich wurde durch diesen grenzüberschreitenden Kleinhandel einerseits der durch die territoriale Teilung hervorgerufene Mangel (bzw. der noch bestehende Nachfrageüberhang aus Zeiten der sozialistischen Planwirtschaften) abgebaut; andererseits erwies sich dieser grenzüberschreitende Kleinhandel als ein unmittelbar einsetzendes und funktionierendes System der sozialen Sicherung: In einer Zeit, in der westliche Berater über den richtigen Weg der Transformation stritten und ihre östlichen Regierungspartner hilflos vor dem angerichteten volkswirtschaftlichen Chaos standen, setzte sich der grenzüberschreitende Kleinhandel in Form des Trader Tourism – basierend auf marktwirtschaftlichen Prinzipien – als Instrument zur Überwindung der ärgsten Not durch. Insofern bildete er ein sehr schnell zur Verfügung stehendes und vor allen Dingen auch funktionierendes System der kurzfristigen sozialen Sicherung in einer ökonomischen Krisensituation – und zwar in *Industrieländern*.

Die territoriale Teilung des Deutschen Reiches

Obwohl der territorialen Teilung beim zweiten Fallbeispiel gänzlich andere Ursachen zugrunde liegen, so waren doch dem Trader Tourism der 1990er Jahre ähnliche Phänomene zu beobachten. Der totale Staatskonkurs des Deutschen Reiches wurde mit der Kapitulation am 8. Mai 1945 manifestiert. Unmittelbar darauf teilten die Alliierten das besetzte Staatsgebiet bzw. den Wirtschaftsraum, der vom Deutschen Reich kontrolliert worden war.¹⁷

So wurde der Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich annulliert, und Österreich wurde als ein separates Territorium behandelt. Die Annektierung des Sudetenlandes wurde aufgehoben und die Tschechoslowakei gegründet. Der nördliche Teil der Provinz Ostpreußen wurde unter sowjetische und der südliche Teil Ostpreußens, genauso wie Schlesien und Pommern, unter polnische Verwaltung gestellt. Das verbliebene Staatsgebiet wurde in vier Besatzungszonen aufgeteilt – ebenso wie

¹⁴Vgl. z.B. zum Kolchoz-Markt für die bulgarische Stadt Varna *Ivanova et al.* (1996).

¹⁵Vgl. z.B. für die Route Bulgarien-Dubai *Egbert* (1996).

¹⁶Damit wird die internationale Grenze zu einer Institution für die Menschen, die Erwerbsmöglichkeiten schafft (vgl. *Bantle & Egbert* 1996: „Borders Create Opportunities“), die besonders ethnische Minderheiten zu nutzen verstehen (vgl. hierzu *Konstantinov & Thuen* 1996: „Boundaries as a Resource“).

¹⁷Als unmittelbare Folge der militärischen Niederlage und der alliierten Besatzung ergab sich laut dem Protokoll der Londoner Konferenz (vom 12.9.1944) die Teilung Deutschlands in drei Besatzungszonen.

Österreich. In den Hauptstädten Berlin und Wien wurden vier durch Grenzen getrennte Sektoren errichtet. Bremen und Bremerhaven als amerikanische Enklaven in der britischen Zone waren ebenfalls von Grenzen umgeben; das Saargebiet wurde als französisches Zoll- und Wirtschaftsgebiet verwaltet. Durch die Westausdehnung des politischen Machtbereichs der Sowjetunion änderten sich zudem die Staatsgrenzen vieler Länder in Ost- und Südosteuropa.

Das ehemals ökonomisch zentral verwaltete Territorium des Deutschen Reiches war Ende 1945 durch eine Vielzahl neuer Grenzen geteilt. Zwar vereinbarten die Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika, der Sowjetunion und Großbritanniens auf der Potsdamer Konferenz, dass Deutschland während der Besatzungszeit als wirtschaftliche Einheit zu behandeln sei, durch französische und sowjetische Interventionen kam eine solche einheitliche Behandlung des ehemaligen Staatsgebietes jedoch nicht zustande. Stattdessen blieben die Zonen wirtschaftlich zunächst auf sich gestellt, und sie wurden von den Besatzungsmächten unterschiedlich verwaltet.¹⁸

Für die katastrophale Versorgungslage der Bevölkerung war jedoch nicht in erster Linie die Errichtung dieser neuen Grenzen verantwortlich. Die desolote wirtschaftliche Lage nach dem Krieg war eine unmittelbare Folge der konsequenten Ausrichtung der Volkswirtschaft des Deutschen Reiches auf die Kriegsziele.¹⁹ Verschärft wurde die Lage durch die Kriegsfolgen, insbesondere die Zerstörung von Industrieanlagen, Verkehrswegen und Kommunikationssystemen durch britische und amerikanische Bombenangriffe; letztlich mussten Millionen von Flüchtlingen aus den unter sowjetische und polnische Verwaltung gestellten Gebieten versorgt werden.

Weil die Volkswirtschaft des Deutschen Reiches eine zentral verwaltete und auf Autarkie gerichtete Kriegswirtschaft gewesen war, entstanden aufgrund der Unmöglichkeit von exakten Planungen bereits in der Nazizeit Schattenmärkte, die vom Staat bekämpft wurden. Nach dem Krieg behielten die Besatzungsmächte den verwaltungswirtschaftlichen Charakter der Wirtschaft bei, obwohl der vorherige Wirtschaftsraum jetzt nicht mehr als Einheit bestand und auch keine übergeordnete leitende Instanz vorhanden war. Folge dieser Entwicklung war eine regionale Verselbständigung in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Damit wurden aber auch die wenigen noch vorhandenen Ressourcen nicht mehr überregional, sondern nur noch regional verteilt.

Die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Brennstoffen stellte nach dem Krieg das Hauptproblem der Besatzungsmächte dar. Aus den abgetrennten östlichen Provinzen, die vor dem Krieg die landwirtschaftliche Produktion im Deutschen Reich gesichert hatten, konnten nun die westlichen Besatzungszonen keine Nahrungsmittel mehr beziehen. In diesen Zonen lebte aber der weitaus größte Teil der Bevölkerung. Aufgrund allgemeiner Knappheit betrafen Eingriffe von alliierter Seite insbesondere die Verteilung von Nahrungsmitteln und Brennstoffen. Bei dem System der Zuteilungen über Wertmarken knüpften die Besatzungsmächte an die bereits 1939 vom nationalsozialistischen Regime installierte Struktur der Wirtschaftslenkung an. Ziel der alliierten Militärbehörden war dabei eine allgemeine und gerechte Verteilung der wenigen vorhandenen Waren.

Der Handel auf dem Schwarzmarkt bildete schon während des Krieges eine lebensnotwendige Ergänzung zur Planwirtschaft. Jeder, der Ware besaß, konnte am Schwarzen Markt teilnehmen, da es quasi keine Zugangsbeschränkungen gab. Ganz ähnlich wie fast 60 Jahre später in Osteuropa entstanden in vielen Orten spezielle Marktplätze, auf denen Waren getauscht wurden. Die Grundlage dieses Schwarzen Marktes war ein Nachfrageüberhang nach fast allen Gütern. Vorteile erzielten besonders diejenigen, die Zugang zu Lagerbeständen hatten, oder die selbst produzierten und ihre Waren der zentralen Verwaltung entziehen konnten, weil die Preise auf den Schwarzen

¹⁸Für die hier gegebene Darstellung der Jahre 1945 bis 1949 vgl. ergänzend u.a. *Abelshauer* (1983); *Eschenburg* (1983); *Kleßmann* (1983); *Wildt* (1986).

¹⁹Aufgrund der friedlichen Entwicklung zwischen den marktwirtschaftlich orientierten Staaten Westeuropas und Nordamerikas seit fast 60 Jahren wird in den meisten volkswirtschaftlichen Lehrbüchern heute per se von einer *Friedenswirtschaft* ausgegangen. Diese entspricht aber nicht den ökonomischen Rahmenbedingungen der ersten Jahrzehnte dieses Jahrhunderts in Europa oder den aktuellen Rahmenbedingungen in einer Reihe von Entwicklungsländern. Vgl. deshalb ergänzend zur Kriegswirtschaft die Ausführungen von *Robbins* (1947).

Märkten weit über denen der staatlichen Bewirtschaftung lagen. Hierzu zählten insbesondere die landwirtschaftlichen Produzenten. Kritisch war der Schwarze Markt insofern zu bewerten, als Güter der gerechteren Verteilung über das Zuteilungssystem entzogen wurden. Er ging zu Lasten der allgemeinen Gerechtigkeit.

Was bedeutete aber nun die territoriale Teilung für die Menschen und wie reagierten sie darauf? Die territorial Teilung verschärfte die durch die Kriegszerstörungen entstandene wirtschaftliche Lage, indem die Reisemöglichkeiten und die Freizügigkeit der Bevölkerung stark eingeschränkt wurden. Durch die Entstehung neuer Grenzen wurden die Möglichkeiten, durch Handel die größte Not zu mindern, eingeschränkt. Da Grenzüberquerungen zwischen den Zonen weitgehend illegal waren, wurde das Angebot an und die Nachfrage nach Gütern zwischen den Zonen vergleichsweise langsam ausgeglichen. Es kam aber allenthalben zu Grenzüberquerungen mit dem Ziel, individuellen Nutzen aus dem Handel zu ziehen. Die grenzüberschreitenden Kleinhändler erfüllten in dieser Hinsicht eine wichtige volkswirtschaftliche Funktion: Mängel der zentralen Planung durch die Besatzungsmächte wurden ausgeglichen, indem diese Händler Waren aus anderen Zonen bzw. Sektoren importierten. Dabei nutzten Sie zum eigenen Vorteil die Preisunterschiede auf den Schwarzen Märkten der einzelnen Zonen aus. Die gehandelten Waren von 1945 bis 1948 ähnelten denen der 1990er Jahre: Nahrungsmittel, Kleidung, Brenn- und Kraftstoffe, Dinge des alltäglichen Bedarfs; nicht zuletzt wurden jeweils auch Flüchtlinge über die Grenzen gebracht.

Genauso schnell, wie neue politische Grenzen entstehen, können sie aber auch verschwinden. Am 1. Januar 1947 wurde die „Bizone“ als amerikanisch-britisches Wirtschaftsgebiet geschaffen, an das später die französische Besatzungszone und circa ein Jahrzehnt später auch das Saargebiet angeschlossen wurden. Mit der Etablierung stabiler Institutionen, insbesondere mit der Währungsreform von 1948 und den Staatsgründungen 1949, wurde dem grenzüberschreitenden Kleinhandel und dem Schwarzen Markt die Grundlage genommen. In der individuellen Krise war grenzüberschreitender Kleinhandel aber für viele Menschen die wichtigste Strategie zur individuellen Überlebenssicherung gewesen.

Zusammenfassung

Zwar ist es heute unpopulär, darüber nachzudenken, dass auch hoch entwickelte Industrieländer territorial zerfallen können und sich dabei auch ihre internationalen Grenzen gravierend verschieben können; doch bei einem Rückblick auf das letzte Jahrhundert in Europa erscheint auch gegenwärtig ein solches Szenario als eine durchaus reale Möglichkeit geschichtlicher Entwicklung. Wie anhand zweier Beispiele skizziert wurde, reagierten Menschen in den von ihren ökonomischen Auswirkungen her vergleichbaren Krisen von 1945-1948 und 1990-1994 ähnlich. Der grenzüberschreitende Kleinhandel kann als eine Strategie verstanden werden, die zunächst auf der individuellen Ebene eine Verbesserung der ökonomischen Lage gewährleistete; aufgrund insgesamt instabiler volkswirtschaftlicher Rahmenbedingungen kann er kurzfristig auch stabilisierend für eine Gesellschaft im Umbruch wirken.

In Deutschland verschwand dieser grenzüberschreitende Kleinhandel 1948 mit der Errichtung stabiler Institutionen. Dass dieses Phänomen, welches als „Trader Tourism“ für die 1990er Jahre beschrieben wurde, bis heute in einigen ost- und südosteuropäischen Staaten zu beobachten ist, kann als Indiz für die nicht abgeschlossenen Transformationsprozesse gewertet werden. Anders als in diesen europäischen Beispielen, in denen von einer begrenzten Dauer solcher Aktivitäten ausgegangen wird, bildet der grenzüberschreitende Kleinhandel in vielen weniger entwickelten Ländern eine permanente Handlungsstrategie für Millionen von Menschen zur Überlebenssicherung (vgl. bspw. *Bantle* 1994 für Tunesien).

Wenn die Möglichkeit erst genommen wird, dass auch in Zukunft so genannte Industrie- und Schwellenländer territorial zerfallen werden, und wenn grenzüberschreitender Kleinhandel als eine zentrale Strategie der Überlebenssicherung in Krisen gesehen wird, so ergeben sich hieraus zwei zentrale Fragen: Ist die internationale Gemeinschaft mit ihren Institutionen auf einen staatlichen

Zerfall von *Industrielländern* vorbereitet? Kann in solchen Szenarien ein von der Bevölkerung initiiertes grenzüberschreitendes Kleinhandel auch in wirtschaftspolitische Strategien zur kurzfristigen Abmilderung von ökonomischen Krisen eingebunden werden?

Wird die erste Frage vor dem Hintergrund der relativen Hilfslosigkeit reflektiert, die internationale Organisationen (z.B. die Vereinten Nationen, die Europäische Union) in ihrem Handeln beim territorialen Zerfall schon relativ kleiner Länder zeigen, so deutet sich ein äußerst pessimistisches Bild an, sollte es zum Zerfall weltwirtschaftlich bedeutsamer Industrie- und Schwellenländer kommen. Dagegen zeichnen sich bei internationalen Organisationen Ansätze ab, die den grenzüberschreitenden Kleinhandel in Krisen- und Hilfsszenarien einbinden, wie beispielsweise im Rahmen von Einsätzen der North Atlantic Treaty Organisation (NATO).²⁰ Wenn meine Beobachtung stimmt, dass grenzüberschreitender Kleinhandel eine unmittelbar einsetzende und erfolgreiche Handlungsstrategie der Menschen darstellt, so lohnt es sich, darüber nachzudenken, wie dieser in extremen Krisensituationen gefördert werden kann, um so auch über Handlungsstrategien beim Zerfall von Industrielländern zu verfügen.

²⁰Vgl. zur aktuellen Diskussion zur zivil-militärischen Zusammenarbeit das NATO-Konzept CIMIC 2000; siehe u.a. *Braunstein* (2000), *Oehler* (2000).

Literatur

- Abelshauer**, Werner 1983: *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bantle**, Stefan 1994: *Schattenhandel als sozialpolitischer Kompromiß: die Libyschen-Märkte in Tunesien*, Münster/Hamburg: Lit-Verlag.
- Bantle**, Stefan; **Egbert**, Henrik 1996: *Borders Create Opportunities. An Economic Analysis of Cross-Border Small-Scale Trading*, Berlin: Das Arabische Buch.
- Braunstein**, Peter 2000: „Spezialisten und Generalisten“, in: *Truppenpraxis/Wehrausbildung* 1/2000, 23-28.
- Egbert**, Henrik 1996: „Bulgarian Small-scale Trading with Dubai“, in: Konstantinov, Yulian et al. (eds.): *Working Papers on Trader Tourism. Volume I*, Sofia/Sede Boquer/Tromsö: University Tromsö, 73-77.
- Egbert**, Henrik 1998: *Der statistisch unsichtbare Außenhandel von Kleinunternehmern im bulgarischen Transformationsprozeß*, Marburg: Tectum (Mikrofiche).
- Egbert**, Henrik 2001: „Trader Tourism in the Transformation Process: Observations on Bulgaria between 1992 and 1996“, in: Stierle, Michael; Birringer, Thomas (eds.): *Economics of Transitions: Theory, Experience and EU Enlargement*, Berlin: VWF, 235-248.
- Eschenburg**, Theodor 1983: *Jahre der Besatzung 1945-1949*, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Ivanova**, Radostina; **Mihalev**, Michail 1996: „Small-scale Trading between Bulgaria and the Countries of the CIS (1990-1993)“, in: Konstantinov, Yulian et al. (eds.): *Working Papers on Trader Tourism. Volume I*, Sofia/Sede Boquer/Tromsö: University Tromsö, 78-83.
- Ivanova**, Radostina; **Kaikova**, Nadya; **Egbert**, Henrik 1996: „The Kolchoz Market in Varna“, in: Konstantinov, Yulian et al. (eds.): *Working Papers on Trader Tourism. Volume I*, Sofia/Sede Boquer/Tromsö: University Tromsö, 32-36.
- Jones**, Christine; **Roemer**, Michael 1991: *Markets in Developing Countries. Parallel, Fragmented, and Black*, San Francisco: Institute for Contemporary Studies.
- Karazman-Morawetz**, Inge; **Pilgram**, Arno 1993: „Ostgrenzöffnung als Gelegenheit – irreguläres Erwerbshandeln und seine Kontrolle“, in: Pilgram, Arno (ed.): *Grenzöffnung, Migration und Kriminalität. Jahrbuch für Rechts- und Kriminalsoziologie*, Baden Baden: Nomos, 147-168.
- Kleßmann**, Christoph 1983: *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955*, Göttingen: Vandenhoeck & Rupprecht.
- Klinkmüller**, Erich 1988: *Die Sowjetunion ist keine Supermacht*, Berlin: Osteuropa Institut der FU Berlin.
- Klinkmüller**, Erich 1995: *Die Deutsche Demokratische Republik war nicht der erste Staat, dessen Zusammenbruch Karl C. Thalheim erlebte*, Berlin: Osteuropa Institut der FU Berlin.
- Konstantinov**, Yulian 1994: „Hunting for Gaps Through Boundaries: Gypsy Tactics for Economic Survival in the Context of the Second Phase of Post-Totalitarian Changes in Bulgaria (1994-)“, in: *Innovation*, 7, 3, 237-247.
- Konstantinov**, Yulian; **Thuen**, Trond 1996: *Boundaries as a Resource. Regional Small-scale Tradings in the Balkans*, Tromsö: University of Tromsö.

Konstantinov, Yulian; **Kressel**, Gideon; **Thuen**, Trond (eds.) 1996: *Working Papers on Trader Tourism. Volume I*, Sofia/Sede Boquer/Tromso: University Tromso.

Konstantinov, Yulian; **Kressel**, Gideon; **Thuen**, Trond 1998: „Outclassed by Former Outcasts: Petty Trading in Varna“, in: *American Ethnologist*, 25, 4, 729-745.

Konstantinov, Yulian; **Kressel**, Gideon; **Thuen**, Trond (eds.) 2002: *Working Papers on Trader Tourism. Volume II* (manuscript, forthcoming).

Morokvasic, Mirjana; **Tinguy**, Anne de 1993: „Between East and West: A New Migratory Space“, in: Rudolph, Hedwig; Morokvasic, Mirjana (eds.): *Bridging States and Markets*, Berlin: edition sigma, 245-263.

Oehler, Hans 2000: „Erste Schritte sind getan“, in: *Truppenpraxis/Wehrausbildung*, 11, 2000.

Robbins, Lionel 1947: *The Economic Problem in Peace and War. Some Reflections on Objectives and Mechanisms*, London: Macmillan & Co. Ltd.

Wildt, Michael 1986: *Der Traum vom Sattwerden*, Hamburg: VSA-Verlag.